

# SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 2 / Februar 2009 · Ausgabe Berlin / Brandenburg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: [kontakt@sovde.de](mailto:kontakt@sovde.de)

## „Der Mensch im Mittelpunkt“

10 Grundsatzforderungen des  
SoVD zur Bundestagswahl 2009

Seite 4

## Volksinitiative des SoVD Schleswig-Holstein

Mehr Rechte für Kinder  
in der Verfassung

Seite 7

## Schreiben des SoVD an Gesundheitsministerium

Hilfsmittelrichtlinie ist für viele  
Patienten eine Zumutung

Seite 3



Rentner und Kinder aus Hartz-IV-Familien profitieren nur wenig

## Konjunkturpaket II: Aufschwung auf Pump?

Die Bundesregierung hat zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise das größte Konjunkturpaket der deutschen Nachkriegsgeschichte auf den Weg gebracht. Es beinhaltet Maßnahmen in einem Umfang von rund 50 Milliarden Euro. Der Schwerpunkt liegt auf dem Bereich der Investitionen, während ein Bürgerschaftsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro die Vergabe von Krediten an Unternehmen sichern soll. Den Bürgern spürbare Entlastungen bringen soll unter anderem ein geringerer Beitrag zur Krankenversicherung, ein höherer Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer sowie eine Abwrackprämie für alte Autos beim Kauf eines umweltfreundlichen Neu- oder Jahreswagens. Doch kommen die Impulse auch tatsächlich bei den Menschen an?

Der SoVD begrüßt die öffentliche Investition in eine bessere Infrastruktur, weist jedoch auch auf die Schwächen des über eine hohe Neuverschuldung finanzierten Konjunkturpaketes hin: Rentner werden nur mangelhaft entlastet, ihre Kaufkraft nicht ausreichend gestärkt. Auch die Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder fällt nur halbherzig aus. Hier fordert der SoVD bereits seit Jahren eine bedarfsgerechte Versorgung von Kindern und Jugendlichen.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen sehen umfangreiche Investitionen in Bildung und Straßen sowie verschiedene Entlastungen der Bürger bei Steuern und Abgaben vor. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II hat die Große Koalition zudem den Umbau der Kfz-Steuer beschlossen. Diese



Foto: minze, zunker, jomam/photocase

Das Konjunkturpaket II will Impulse setzen für die Anschaffung neuer Autos mit einem geringen Ausstoß an Kohlendioxid. Gleichzeitig soll der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder erhöht werden. Nach einem aktuellen Urteil des Bundessozialgerichtes verstößt dessen Berechnungsgrundlage jedoch ohnehin gegen das Grundgesetz.

soll ab dem 1. Juli auch nach der Ausstoßmenge von klimaschädlichem Kohlendioxid bemessen werden. Offen bleibt, inwieweit die Länder möglicherweise über den Bundesrat noch einzelne Änderungen durchsetzen. Der Bundestag soll dem Vorhaben bereits Mitte Februar abschließend zustimmen.

### Konjunktur auf Schuldenbasis

Wegen der zusätzlichen Kosten des Konjunkturpaketes wird ein Nachtragshaushalt für das laufende Jahr fällig, die Nettokreditauf-

nahme des Bundes verdoppelt sich auf 36,8 Milliarden Euro. Vor dem Hintergrund zusätzlich geplanter Vorhaben gehen Experten sogar von einer Neuverschuldung des Bundes von bis zu 50 Milliarden Euro aus.

### Schwerpunkt Investitionen

Der Fokus des in der Nachkriegsgeschichte beispiellosen Konjunkturprogramms liegt im Bereich der Investitionen: Bund, Länder und Gemeinden wollen insgesamt 14 Milliarden Euro zusätzlich in den Ausbau der Infrastruktur stecken, 70

Prozent dieser Mittel gehen direkt an die Kommunen. Ebenfalls festgelegt wurde, dass ein Großteil der Mittel (65 Prozent) in die Bildung fließen soll und damit Kindergärten, Schulen und Hochschulen saniert und ausgebaut werden. Investiert wird auch in den Städtebau, in Krankenhäuser sowie in weitere öffentliche Gebäude. Besonderes Augenmerk liegt auch auf dem Ausbau und der Erneuerung von Straßen, Schienen und Wasserwegen.

Fortsetzung auf Seite 2

## Blickpunkt

Für die meisten Rentner ist die Senkung der Krankenkassenbeiträge um 0,3 Prozent die einzige entlastende



Maßnahme des Konjunkturpaketes. Bei einer Rente von 1000 Euro bringt das eine Einsparung von drei Euro (!) im Monat. Das ist enttäuschend! Das Konjunkturpaket enthält somit zwar richtige Ansätze, ist aber in einigen Punkten, gerade angesichts der harten finanziellen Belastungen, die Rentnerinnen und Rentner seit langem hinnehmen müssen, halbherzig.

Besserverdiener werden proportional mehr von den Erleichterungen des Konjunkturprogrammes profitieren – eine soziale Ungerechtigkeit, die zu der unzureichenden Entlastung der Rentner noch hinzukommt.

Allein in den letzten fünf Jahren haben die Renten um mehr als zehn Prozent an Kaufkraft verloren. Es drohen weitere reale Einbußen, weil die Kürzungsfaktoren die an die Lohnsteigerung gekoppelte Rentenanpassung aushebeln. Der SoVD fordert daher die Abschaffung des Nachholfaktors und die dauerhafte Aussetzung des Riester-Faktors, um weitere Rentenkürzungen zu verhindern. Damit Rentnerinnen und Rentner endlich spürbar und dauerhaft entlastet werden.

Adolf Bauer,  
SoVD-Präsident

## Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

### Sterbegeld-Vorsorge Plus:

- Sterbegeld von 1.000 bis 12.500 Euro
- Beitritt bis zum 80. Lebensjahr
- Keine Gesundheitsfragen, lediglich Staffelfung der Leistung im 1. Vers.-Jahr
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Nur begrenzte Beitragszahlungsdauer
- Beitragsbefreiung bei Pflegestufe III
- Assistance-Leistungen im Trauerfall

Haben Sie Interesse: 040/ 63 76 27 62

[www.ovg.hamburg-mannheimer.de](http://www.ovg.hamburg-mannheimer.de)

mit der Organisation  
für Verbandsgruppenversicherungen

HAMBURG  
MANNHEIMER

Ein Unternehmen der  
ERGO Versicherungsgruppe.

## Hartz IV erbarmungslos oder: die verordnete Obdachlosigkeit

Es gibt Pokale, die niemand gewinnen sollte und „Ehrungen“, für welche sich jeder Anflug von Stolz verbietet. Zu diesen Auszeichnungen der anderen Art gehört der „Verbogene Paragraph“ der bundesweit tätigen Evangelischen Obdachlosenhilfe e.V. (EvO).

Die EvO vergibt den Anti-Preis alle zwei Jahre an Sozialleistungsträger, die durch besonders kritikwürdige Rechtsvollzugspraxis aufgefallen sind. Vor kurzem wurde die 50 Zentimeter hohe Metallskulptur – ein Männchen, das einen Paragraphen verbiegt – der Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger (ARGE) in Greifswald verliehen. Der Grund: Einem 53-jährigen Analphabeten waren über Monate hinweg Leistungen vorenthal-

ten worden, weil er die von den Behörden geforderten schriftlichen Bewerbungen nicht erbringen konnte. In der Folge geriet der Hartz-IV-Empfänger mit der Miete in Rückstand. Nach der Kündigung durch eine städtische Verwaltungsgesellschaft wurde seine Wohnung zwangsgeräumt, der Mann landete auf der Straße.

Eine Entschuldigung der ARGE für ihre restriktive Vorgehensweise, die einen Arbeitssuchenden sozusagen „behördlich verordnet“ in die Obdachlosigkeit trieb, hat es bislang offenbar nicht gegeben. Dabei wäre ein Eingeständnis zumindest ein Signal in eine andere, bessere Richtung. Die da lauten sollte: Vorhandene Handlungsspielräume zur Unterstützung von Hilfebedürftigen umfassend auszuschöpfen! *veo*